

Zusammenfassung der Motion

Mit der am 14. Dezember 2007 eingereichten und begründeten Motion (TGR S. 2139) verlangen Grossräte Nicolas Rime und Olivier Suter, dass der Kanton Freiburg die Subventionen übernimmt, die der Bund bis 2007 für Anlagen gewährte, die Energie aus erneuerbaren Energiequellen produzieren oder nutzen.

Antwort des Staatsrats

Als Erstes ruft der Staatsrat in Erinnerung, dass er es zu einer seiner Prioritäten seines Regierungsprogramms gemacht hat, das Potential des Kantons bezüglich Produktion von erneuerbaren Energien und rationeller Energienutzung auszuschöpfen.

Im Herbst 2007 hat der Staatsrat beschlossen, seine Förderprogramme aus folgenden Gründen anzupassen:

- Der Preis von fossilen Energieträgern ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen, was die Nutzung erneuerbarer Energien konkurrenzfähig machte;
- Strengere gesetzliche Vorschriften im Hochbau wurden eingeführt oder waren in Einführung begriffen. Die Vorschriften näherten sich damit an die Minergie-Anforderungen über die Wärmedämmung von Gebäuden an;
- Die Zahl der eingereichten Anträge um Förderbeiträge waren stark angestiegen und das vorgesehene Budget (einschliesslich der Globalbeiträge des Bundes) hätte nicht ausgereicht, um das vollständige Programm fortzuführen;
- Die Globalbeiträge des Bundes wurden im 2007 um etwa 600 000 Franken gekürzt.

Die Anpassung der Förderprogramme, die im Herbst 2007 beschlossen wurde, berücksichtigt die Senkung der Globalbeiträge des Bundes. Insbesondere angesichts der stark steigenden Preise von fossilen Energieträgern bleibt die Anreizwirkung dennoch erhalten. Die Zahl der Anträge um Förderbeiträge nimmt trotz der Anpassung weiter zu.

Auf Bundesebene wird zurzeit die Energiepolitik revidiert. Eine Erhöhung der Ziele würde strengere Gesetzesbestimmungen des Bundes und des Kantons erfordern. In diesem Sinne hat die Konferenz kantonaler Energiedirektoren im Rahmen der interkantonalen Harmonisierung der Energievorschriften über Gebäude bereits beschlossen, Massnahmen für die Verbesserung der Gebäudehülle bei Renovationen und Neubauten einzuführen. Kürzlich hat das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation einen Aktionsplan Energieeffizienz und einen Aktionsplan erneuerbare Energien vorgelegt.

Der Staatsrat hat sich verpflichtet, eine neue kantonale Energiepolitik aufzustellen. Die verschiedenen betroffenen Kreise sind am Verfahren beteiligt, die Arbeiten sollten Anfang 2009 mit einer parlamentarischen Beratung abgeschlossen werden. Gestützt auf diese Debatte wird gegebenenfalls eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen des Kantons und der Förderprogramme vorgenommen werden. Die Anpassung sollte sich jedoch nicht darauf beschränken, dass der Kanton die Beitragsreduktion des Bundes durch eigene Mittel

kompensiert. Das Ziel der Verfasser der Motion, die erneuerbaren Energien generell zu fördern, wird im Rahmen der neuen Energiepolitik des Kantons konkretisiert werden.

Die Idee, sich einzig auf die Kompensierung der Bundessubventionen zu konzentrieren ist jedoch zu limitiert. Deshalb beantragt Ihnen der Staatsrat, diese Motion abzulehnen.

Freiburg, den 8. Juli 2008